

Bundesgesetzblatt ¹⁰⁴¹

Teil II

Z 1998

1995

Ausgegeben zu Bonn am 22. Dezember 1995

Nr. 37

Tag	Inhalt	Seite
15. 12. 95	Gesetz zu der Vereinbarung vom 21. Juni 1994 zur Durchführung des Abkommens vom 5. März 1993 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Chile über Rentenversicherung GESTA: XG3	1042
18. 12. 95	Siebenundsechzigste Verordnung zur Änderung der Zolltarifverordnung (Besondere Zollsätze gegenüber bestimmten mittel- und osteuropäischen Ländern – EGKS)	1046
7. 11. 95	Bekanntmachung des deutsch-burkinischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	1047
9. 11. 95	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens von Nizza über die internationale Klassifikation von Waren und Dienstleistungen für die Eintragung von Marken	1049
10. 11. 95	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls zur Änderung des Internationalen Übereinkommens über Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt „EUROCONTROL“ und der Mehrseitigen Vereinbarung über Flugsicherungs-Streckengebühren	1049
10. 11. 95	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Registrierung von in den Weltraum gestarteten Gegenständen	1050
10. 11. 95	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Wiener Übereinkommens zum Schutz der Ozonschicht	1050
10. 11. 95	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Montrealer Protokolls über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen	1051
10. 11. 95	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Änderung von 1990 des Montrealer Protokolls über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen	1051
10. 11. 95	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Änderung von 1992 des Montrealer Protokolls über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen	1052
10. 11. 95	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über wichtige Linien des internationalen Kombinierten Verkehrs und damit zusammenhängende Einrichtungen (AGTC) ...	1052
13. 11. 95	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Patentrechtsabkommens	1053
14. 11. 95	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens gegen Diskriminierung im Unterrichtswesen	1053
14. 11. 95	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Einheits-Übereinkommens von 1961 über Suchtstoffe	1054
14. 11. 95	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Konvention zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten	1054
14. 11. 95	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau	1055
14. 11. 95	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Satzung der Europäischen Schule und des Protokolls über die Gründung Europäischer Schulen sowie des Zusatzprotokolls hierzu	1055
14. 11. 95	Bekanntmachung über das Erlöschen völkerrechtlicher Übereinkünfte der Deutschen Demokratischen Republik mit der Tschechoslowakei	1056

Gesetz
zu der Vereinbarung vom 21. Juni 1994
zur Durchführung des Abkommens vom 5. März 1993
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Chile
über Rentenversicherung

Vom 15. Dezember 1995

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Der in Santiago de Chile am 21. Juni 1994 unterzeichneten Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens vom 5. März 1993 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Chile über Rentenversicherung (BGBl. 1993 II S. 1225) wird zugestimmt. Die Vereinbarung wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem die Vereinbarung nach ihrem Artikel 9 Abs. 1 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 15. Dezember 1995

Der Bundespräsident
Roman Herzog

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister
für Arbeit und Sozialordnung
Norbert Blüm

Der Bundesminister des Auswärtigen
Kinkel

**Vereinbarung
zur Durchführung des Abkommens vom 5. März 1993
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Chile
über Rentenversicherung**

**Acuerdo
para la ejecución del Convenio del 5 de marzo de 1993
entre la República Federal de Alemania
y la República de Chile
sobre Pensiones**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Chile –

El Gobierno de la República Federal de Alemania
y
el Gobierno de la República de Chile,

im Einklang mit Artikel 21 Absatz 1 des Abkommens vom 5. März 1993 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Chile über Rentenversicherung, im folgenden als „Abkommen“ bezeichnet –

En virtud de lo dispuesto en el párrafo 1 del artículo 21 del Convenio sobre Pensiones celebrado entre la República de Chile y la República Federal de Alemania el 5 de marzo de 1993 (denominado en adelante “Convenio”),

haben folgendes vereinbart:

Han convenido lo siguiente:

Artikel 1

In den folgenden Bestimmungen werden die Ausdrücke des Abkommens in der dort festgelegten Bedeutung verwendet.

Artículo 1º

En las siguientes disposiciones se utilizarán los términos del Convenio con el mismo significado que en él se les otorga.

Artikel 2

Den Verbindungsstellen nach Artikel 21 Absatz 2 des Abkommens und den zuständigen deutschen Trägern nach Artikel 21 Absatz 3 Satz 2 des Abkommens obliegt im Rahmen ihrer Zuständigkeit die allgemeine Aufklärung der in Betracht kommenden Personen über die Rechte und Pflichten nach dem Abkommen.

Artículo 2º

Los Organismos de Enlace mencionados en el párrafo 2 del artículo 21 del Convenio y los Organismos Competentes alemanes mencionados en el inciso 2 del párrafo 3 del artículo 21 del Convenio, informarán, en el marco de sus competencias y de manera general, a las personas que puedan beneficiarse del Convenio sobre los derechos y obligaciones que de él emanan.

Artikel 3

Die Verbindungsstellen nach Artikel 21 Absatz 2 des Abkommens und die zuständigen deutschen Träger nach Artikel 21 Absatz 3 Satz 2 des Abkommens schließen unter Beteiligung der zuständigen Behörden eine Verwaltungsvereinbarung, in der die Verwaltungsmaßnahmen, die zur Durchführung des Abkommens notwendig und zweckmäßig sind, festgelegt werden.

Artículo 3º

Los Organismos de Enlace mencionados en el párrafo 2 del artículo 21 del Convenio y los Organismos Competentes alemanes mencionados en el inciso 2 del párrafo 3 del artículo 21 del Convenio celebrarán, con la participación de las respectivas Autoridades Competentes, un Acuerdo Administrativo en el que se establecerán las medidas administrativas necesarias y oportunas para la ejecución del Convenio.

Artikel 4

Die in Artikel 15 des Abkommens genannten Stellen haben im Rahmen ihrer Zuständigkeit, soweit möglich, einander die Mitteilungen zu machen und die Unterlagen zur Verfügung zu stellen, die zur Wahrung der Rechte und Pflichten dienen, die sich für die Beteiligten aus den in Artikel 2 Absatz 1 des Abkommens genannten Rechtsvorschriften und dem Abkommen ergeben. Solche

Artículo 4º

En el marco de sus respectivas competencias, los Organismos mencionados en el artículo 15 del Convenio intercambiarán, en lo posible, las informaciones y los documentos necesarios para el reconocimiento de los derechos y obligaciones que se derivan, tanto de las disposiciones legales mencionadas en el párrafo 1 del artículo 2 del Convenio, como del Convenio mismo. Las informa-

Mitteilungen und Unterlagen, die eine Person betreffen, sind dieser auf Antrag ebenfalls zu übermitteln.

Artikel 5

(1) Der Träger eines Vertragsstaats übermittelt dem Träger des anderen Vertragsstaats auf dessen Ersuchen kostenlos die in seinem Besitz befindlichen ärztlichen Angaben und Unterlagen, die sich auf die verminderte Erwerbsfähigkeit einer Person beziehen.

(2) Hält der deutsche Träger die Durchführung von medizinischen Untersuchungen in der Republik Chile für erforderlich, die ausschließlich in seinem Interesse liegen, so verfährt er nach den deutschen Rechtsvorschriften.

(3) Hält der chilenische Träger die Durchführung von medizinischen Untersuchungen in der Bundesrepublik Deutschland für erforderlich, die ausschließlich in seinem Interesse liegen, so werden die tatsächlichen Kosten dieser Untersuchungen zu gleichen Teilen von dem Arbeitnehmer und dem zuständigen chilenischen Träger getragen. Handelt es sich um einen Widerspruch gegen einen in der Republik Chile ergangenen Bescheid über die Feststellung der Erwerbsunfähigkeit, so werden die tatsächlichen Kosten für die erforderlichen neuen Untersuchungen in gleicher Weise wie nach Satz 1 getragen, es sei denn, daß der Widerspruch von einem zuständigen chilenischen Träger oder einer Versicherungsgesellschaft eingelegt wird; in diesen Fällen trägt der Widerspruchsführer die Kosten.

Artikel 6

(1) In den Fällen der Artikel 7, 10 und 11 des Abkommens erteilt der zuständige Träger des Vertragsstaats, dessen Rechtsvorschriften anzuwenden sind, in bezug auf die in Betracht kommende Beschäftigung auf Antrag eine Bescheinigung, die eine bestimmte Gültigkeitsdauer haben kann, darüber, daß der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber diesen Rechtsvorschriften unterstehen.

(2) Sind die deutschen Rechtsvorschriften anzuwenden, so stellt der Träger der Krankenversicherung, an den die Beiträge zur Rentenversicherung abgeführt werden, andernfalls die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin, diese Bescheinigung aus.

(3) Sind die chilenischen Rechtsvorschriften anzuwenden, so stellt für die Mitglieder des Neuen Gesetzlichen Rentensystems die Aufsichtsbehörde für die Rentenfondsverwaltungen und für die Beitragszahler der vom Institut für gesetzliche Fürsorge verwalteten Systeme die Aufsichtsbehörde für Soziale Sicherheit diese Bescheinigung aus.

Artikel 7

Geldleistungen werden an Empfänger im anderen Vertragsstaat ohne Einschaltung einer Verbindungsstelle dieses Vertragsstaats ausgezahlt.

Artikel 8

Die Verbindungsstellen nach Artikel 21 Absatz 2 des Abkommens und die zuständigen deutschen Träger nach Artikel 21 Absatz 3 Satz 2 des Abkommens erstellen für jedes Kalenderjahr Statistiken über die in den anderen Vertragsstaat vorgenommenen Zahlungen. Die Angaben sollen sich nach Möglichkeit auf Zahl und Gesamtbetrag der nach Rentenarten gegliederten Renten und Abfindungen erstrecken. Die Statistiken werden ausgetauscht.

Artikel 9

(1) Diese Vereinbarung tritt in Kraft, sobald die Vertragsparteien einander notifiziert haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Als Tag des Inkrafttretens wird der Tag des Eingangs der letzten Notifikation angesehen.

ciones y documentos que hagan referencia a una persona, también le serán comunicados a ésta en caso de que así lo solicite.

Artículo 5°

1. El Organismo de una Parte Contratante pondrá a disposición del Organismo de la otra Parte Contratante, a petición de éste y gratuitamente, los informes y documentos médicos que obren en su poder relativos a la reducción de la capacidad de trabajo de una persona.

2. En caso de que el Organismo alemán estime necesario que en la República de Chile se realicen exámenes médicos que sean de su exclusivo interés, se procederá según las disposiciones legales alemanas.

3. En caso de que el Organismo chileno estime necesaria la realización de exámenes médicos en la República Federal de Alemania que sean de su exclusivo interés, éstos serán financiados por partes iguales entre el trabajador y el Organismo competente chileno, considerando los costos reales de tales exámenes. Cuando se trate de una reclamación al dictamen de invalidez emitido en la República de Chile, los costos reales de los nuevos exámenes requeridos, serán financiados de la forma arriba señalada, salvo que la reclamación sea interpuesta por un Organismo Competente chileno o una compañía de seguros, en cuyo caso tales gastos serán financiados por el reclamante.

Artículo 6°

1. En los casos mencionados en los artículos 7, 10 y 11 del Convenio, el Organismo Competente de la Parte Contratante cuyas disposiciones legales sean aplicables, extenderá a solicitud de los interesados un certificado sobre el respectivo empleo, del cual se infiera que el trabajador y el empleador quedan sujetos a dichas disposiciones legales. Este certificado podrá tener un plazo de caducidad.

2. En caso de que fueran aplicables las disposiciones legales alemanas, corresponderá extender dicho certificado al Organismo Competente del seguro de enfermedad que recaude las cotizaciones del seguro de pensiones o, en su defecto, al Instituto Federal de Seguros para Empleados en Berlín.

3. En caso de que fueran aplicables las disposiciones legales chilenas, le corresponderá extender dicho certificado a la Superintendencia de Administradores de Fondos de Pensiones para los afiliados al Nuevo Sistema de Pensiones y a la Superintendencia de Seguridad Social para los imponentes de los regímenes administrados por el Instituto de Normalización Previsional.

Artículo 7°

Las prestaciones pecuniaras serán pagadas a los beneficiarios en el territorio de la otra Parte Contratante sin que sea necesaria la intervención de un Organismo de Enlace.

Artículo 8°

Los Organismos de Enlace mencionados en el párrafo 2 del artículo 21 del Convenio y los Organismos Competentes alemanes mencionados en el inciso 2 del párrafo 3 del artículo 21 del Convenio elaborarán para cada año calendario los datos estadísticos sobre los pagos efectuados en el territorio de la otra Parte Contratante. En lo posible, en estos datos que serán intercambiados, se desglosarán el número y el monto total de las pensiones e indemnizaciones según las distintas clases de pensiones.

Artículo 9°

1. Este Acuerdo entrará en vigencia una vez que ambas Partes Contratantes se hayan notificado el cumplimiento de los requisitos legales nacionales necesarios para tal efecto. El día de entrada en vigencia será aquel en que se reciba la última notificación.

(2) Diese Vereinbarung ist vom Tag des Inkrafttretens des Abkommens an anzuwenden und gilt für dieselbe Dauer.

2. Este Acuerdo se aplicará a partir de la fecha de entrada en vigor del Convenio y tendrá el mismo plazo de vigencia que este.

Geschehen zu Santiago de Chile am 21. Juni 1994 in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Hecho en Santiago, Chile, a los veintiún días del mes de junio de 1994, en dos ejemplares, en lengua alemana y española cada uno, siendo ambos textos igualmente auténticos.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Por el Gobierno de la República Federal de Alemania
Werner Reichenbaum

Für die Regierung der Republik Chile
Por el Gobierno de la República de Chile
Jorge Arrate Mac Niven

**Siebenundsechzigste Verordnung
zur Änderung der Zolltarifverordnung
(Besondere Zollsätze gegenüber bestimmten
mittel- und osteuropäischen Ländern – EGKS)**

Vom 18. Dezember 1995

Auf Grund des § 6 Abs. 3 Nr. 1 des Zollverwaltungsgesetzes vom 21. Dezember 1992 (BGBl. I S. 2125; 1993 I S. 2493) verordnet das Bundesministerium der Finanzen:

Artikel 1

Die Anlage zu § 1 der Zolltarifverordnung vom 24. September 1986 (BGBl. 1986 II S. 896), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 5. Dezember 1994 (BGBl. 1994 II S. 3774), wird wie folgt geändert:

1. Die Abschnitte „Besondere Zollsätze gegenüber der Republik Polen, der Tschechischen Republik, der Slowakischen Republik und der Republik Ungarn – EGKS“, „Besondere Zollsätze gegenüber Bulgarien – EGKS“ und „Besondere Zollsätze gegenüber Rumänien – EGKS“ werden gestrichen.
2. Es wird ein neuer Abschnitt „Besondere Zollsätze gegenüber bestimmten mittel- und osteuropäischen Ländern – EGKS“ mit der aus der Anlage ersichtlichen Fassung angefügt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1996 in Kraft.

Bonn, den 18. Dezember 1995

Der Bundesminister der Finanzen
Theo Waigel

Anlage
(zu Artikel 1)

**Besondere Zollsätze gegenüber bestimmten
mittel- und osteuropäischen Ländern – EGKS**

Für Waren, die dem Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) unterliegen, gilt im Rahmen der Besonderen Zollsätze gegenüber

- der Republik Polen
- der Tschechischen Republik
- der Slowakischen Republik
- der Republik Ungarn
- der Republik Bulgarien
- Rumänien

tarifliche Zollfreiheit.

**Bekanntmachung
des deutsch-burkinischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 7. November 1995

Das in Ouagadougou am 13. Oktober 1995 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Burkina Faso über Finanzielle Zusammenarbeit ist nach seinem Artikel 6

am 13. Oktober 1995

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 7. November 1995

**Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Schweiger**

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung von Burkina Faso
über Finanzielle Zusammenarbeit (Warenhilfe XI)**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und

die Regierung von Burkina Faso –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Burkina Faso,

in dem Wunsche, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in Burkina Faso beizutragen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung von Burkina Faso, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt (Main), einen Finanzierungsbeitrag bis zu DM 10 000 000,- (in Worten: zehn Millionen Deutsche Mark) zur Finanzierung der Devisenkosten insbesondere für

- a) Lieferung von generischen Medikamenten, Hilfsstoffen, Ausrüstungsgütern und medizinisch-technischen Geräten für ländliche Gesundheitseinrichtungen sowie Lieferung von Ersatzteilen und Ausrüstungsgütern für die städtische und länd-

liche Trinkwasserversorgung bis zu DM 3 000 000,- (in Worten: drei Millionen Deutsche Mark);

- b) Lieferung von Material, Ausrüstungsgütern und Geräten vorzugsweise für lokale Medien, hilfsweise für anderen dringenden Importbedarf bis zu DM 3 000 000,- (in Worten: drei Millionen Deutsche Mark);

- c) Lieferung von Material, Büroausrüstung und Fahrzeugen zur Befriedigung anderen dringenden Importbedarfs im Hinblick auf die Funktionsfähigkeit der Verwaltung bis zu DM 4 000 000,- (in Worten: vier Millionen Deutsche Mark)

und der im Zusammenhang mit der finanzierten Wareneinfuhr anfallenden Devisen- und Inlandskosten für Transport, Versicherung und Montage zu erhalten. Für die Durchführung der Lieferungen ist die Einsetzung eines Beschaffungsgutachters vorgesehen.

Artikel 2

Die Verwendung des in Artikel 1 genannten Gesamtbetrags, die Bedingungen, zu denen er zur Verfügung gestellt wird, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmt der zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und dem Empfänger des Finanzierungsbeitrags zu schließende Vertrag, der den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegt.

Artikel 3

Die Regierung von Burkina Faso stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit dem Abschluß und der

Durchführung des in Artikel 2 erwähnten Finanzierungsvertrags in Burkina Faso erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung von Burkina Faso überläßt bei den sich aus der Gewährung des Finanzierungsbeitrags ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz im deutschen Geltungsbereich dieses Abkommens ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Gewährung des Finanzierungsbeitrags ergebenden Lieferungen und Leistungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Berlin bevorzugt genutzt werden. Die weitere Ausgestaltung bestimmt der in Artikel 2 genannte Vertrag.

Artikel 6

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Ouagadougou am 13. Oktober 1995 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Robert Dölger

Für die Regierung von Burkina Faso
Tertius Zongo

Anlage
zum Abkommen vom 13. Oktober 1995
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung von Burkina Faso
über Finanzielle Zusammenarbeit

1. Liste der Waren und Leistungen, die gemäß Artikel 1 des Regierungsabkommens vom 13. Oktober 1995 aus dem Finanzierungsbeitrag finanziert werden können:
 - a) Lieferung von generischen Medikamenten, Hilfsstoffen, Ausrüstungsgütern und medizinisch-technischen Geräten für ländliche Gesundheitseinrichtungen sowie Lieferung von Ersatzteilen und Ausrüstungsgütern für die städtische und ländliche Trinkwasserversorgung;
 - b) Lieferung von Material, Ausrüstungsgütern und Geräten vorzugsweise für lokale Medien, hilfsweise für anderen dringenden Importbedarf;
 - c) Lieferung von Material, Büroausrüstung und Fahrzeugen zur Befriedigung anderen dringenden Importbedarfs im Hinblick auf die Funktionsfähigkeit der Verwaltung.
2. Einfuhrgüter, die in dieser Liste nicht enthalten sind, können nur finanziert werden, wenn die vorherige Zustimmung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland dafür vorliegt. Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel können nur finanziert werden, wenn der angemessene Umgang mit diesen Stoffen bestätigt wird.
3. Ausgeschlossen von der Finanzierung aus dem Finanzierungsvertrag ist die Einfuhr folgender Güter:
 - a) Luxusgüter sowie Verbrauchsgüter für den privaten Bedarf,
 - b) Güter und Anlagen, die militärischen Zwecken dienen,
 - c) Pflanzenschutzmittel und Schädlingsbekämpfungsmittel, die gemäß dem PIC-Verfahren zum FAO-Kodex in der jeweils geltenden Fassung als „verboten“ (banned) oder „stark beschränkt“ (severely restricted) eingestuft sind,
 - d) Suchtstoffe, psychotrope Stoffe und die in der Anlage des Übereinkommens der Vereinten Nationen vom 20. Dezember 1988 gegen den unerlaubten Verkehr mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen in der jeweils geltenden Fassung aufgeführten Stoffe, sofern diese zur Herstellung von Suchtstoffen oder psychotropen Stoffen verwendet werden (Bis zur entsprechenden Ergänzung der Anlagen zum Übereinkommen von 1988 gilt statt derer die Chemikalienliste des Abschlußberichts der Chemical Action Task Force.),
 - e) folgende umweltgefährdende Güter und Stoffe:
 - FCKW und Halone sowie weitere im Montrealer Protokoll geregelte Stoffe sowie Anlagen zu deren Herstellung oder Verwendung,
 - Stoffe gemäß Anhang I der „Verordnung (EWG) Nr. 2455/92 des Rates vom 23. Juli 1992 betreffend die Ausfuhr und Einfuhr bestimmter gefährlicher Chemikalien“.
 - f) Asbest und asbesthaltige Stoffe und Produkte.

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Abkommens von Nizza
über die Internationale Klassifikation von Waren
und Dienstleistungen für die Eintragung von Marken**

Vom 9. November 1995

Das Abkommen von Nizza vom 15. Juni 1957 über die internationale Klassifikation von Waren und Dienstleistungen für die Eintragung von Marken in der in Genf am 13. Mai 1977 beschlossenen und am 2. Oktober 1979 geänderten Fassung (BGBl. 1981 II S. 358; 1984 II S. 799) wird nach seinem Artikel 9 Abs. 4 Buchstabe c für

Kuba	am 26. Dezember 1995
Türkei	am 1. Januar 1996

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 11. September 1995 (BGBl. II S. 884).

Bonn, den 9. November 1995

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hillgenberg

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Protokolls
zur Änderung des Internationalen Übereinkommens
über Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt „EUROCONTROL“
und der Mehrseitigen Vereinbarung über Flugsicherungs-Streckengebühren**

Vom 10. November 1995

Das Protokoll vom 12. Februar 1981 zur Änderung des Internationalen Übereinkommens vom 13. Dezember 1960 über Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt „EUROCONTROL“ und die Mehrseitige Vereinbarung vom 12. Februar 1981 über Flugsicherungs-Streckengebühren (BGBl. 1984 II S. 69) sind nach Artikel XXXIII des Protokolls in Verbindung mit Artikel 28 Abs. 3 der Mehrseitigen Vereinbarung für

Slowenien	am 1. Oktober 1995
-----------	--------------------

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 7. August 1995 (BGBl. II S. 725).

Bonn, den 10. November 1995

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über die Registrierung von in den Weltraum gestarteten Gegenständen**

Vom 10. November 1995

Das Übereinkommen vom 14. Januar 1975 über die Registrierung von in den Weltraum gestarteten Gegenständen (BGBl. 1979 II S. 650) ist nach seinem Artikel VIII Abs. 4 für

Norwegen am 28. Juni 1995
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 7. März 1994 (BGBl. II S. 440).

Bonn, den 10. November 1995

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Wiener Übereinkommens
zum Schutz der Ozonschicht**

Vom 10. November 1995

Das Übereinkommen vom 22. März 1985 zum Schutz der Ozonschicht (BGBl. 1988 II S. 901) ist nach seinem Artikel 17 Abs. 3 für

Lettland am 27. Juli 1995
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 5. Mai 1995 (BGBl. II S. 428).

Bonn, den 10. November 1995

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Montrealer Protokolls
über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen**

Vom 10. November 1995

Das Montrealer Protokoll vom 16. September 1987
über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen
(BGBl. 1988 II S. 1014), ist nach seinem Artikel 16
Abs. 3 für

Lettland am 27. Juli 1995
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die
Bekanntmachung vom 23. Mai 1995 (BGBl. II S. 488).

Bonn, den 10. November 1995

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich der Änderung von 1990
des Montrealer Protokolls über Stoffe,
die zu einem Abbau der Ozonschicht führen**

Vom 10. November 1995

Die Änderung vom 29. Juni 1990 des Montrealer Protokolls vom 16. September
1987 über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen (BGBl. 1991 II
S. 1331), ist nach ihrem Artikel 2 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Gambia am 11. Juni 1995
Türkei am 12. Juli 1995

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom
23. Mai 1995 (BGBl. II S. 487).

Bonn, den 10. November 1995

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich der Änderung von 1992
des Montrealer Protokolls über Stoffe,
die zu einem Abbau der Ozonschicht führen**

Vom 10. November 1995

Die Änderung vom 25. November 1992 des Montrealer Protokolls vom 16. September 1987 über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen (BGBl. 1993 II S. 2182), ist nach ihrem Artikel 3 Abs. 3 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Jordanien	am 28. September 1995
Spanien	am 3. September 1995

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 28. Juli 1995 (BGBl. II S. 672).

Bonn, den 10. November 1995

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens
über wichtige Linien des internationalen Kombinierten Verkehrs
und damit zusammenhängende Einrichtungen (AGTC)**

Vom 10. November 1995

Das Europäische Übereinkommen vom 1. Februar 1991 über wichtige Linien des internationalen Kombinierten Verkehrs und damit zusammenhängende Einrichtungen (AGTC) – BGBl. 1994 II S. 979 – ist nach seinem Artikel 10 Abs. 3 für

Kroatien	am 22. Oktober 1995
----------	---------------------

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 21. Juni 1995 (BGBl. II S. 569).

Bonn, den 10. November 1995

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Patentrechtsabkommens**

Vom 13. November 1995

Der Vertrag vom 19. Juni 1970 über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentrechts – Patentrechtsabkommen – (BGBl. 1976 II S. 649, 664; 1984 II S. 799, 975) wird nach seinem Artikel 63 Abs. 2 für

Aserbaidschan	am 25. Dezember 1995
Türkei	am 1. Januar 1996

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 11. September 1995 (BGBl. II S. 883).

Bonn, den 13. November 1995

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
gegen Diskriminierung im Unterrichtswesen**

Vom 14. November 1995

Das Übereinkommen vom 15. Dezember 1960 gegen Diskriminierung im Unterrichtswesen (BGBl. 1968 II S. 385) ist nach seinem Artikel 14 für

Kirgisistan	am 3. Oktober 1995
-------------	--------------------

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 21. März 1994 (BGBl. II S. 442).

Bonn, den 14. November 1995

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Einheits-Übereinkommens von 1961 über Suchtstoffe**

Vom 14. November 1995

Das Einheits-Übereinkommen von 1961 über Suchtstoffe in der durch das Protokoll vom 25. März 1972 geänderten Fassung (BGBl. 1977 II S. 111; 1980 II S. 1405; 1981 II S. 378; 1985 II S. 1103) ist nach seinem Artikel 41 Abs. 2 für

Usbekistan am 23. September 1995
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 24. Mai 1995 (BGBl. II S. 524).

Bonn, den 14. November 1995

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich der Konvention
zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten**

Vom 14. November 1995

Die Konvention vom 14. Mai 1954 zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten (BGBl. 1967 II S. 1233) ist nach ihrem Artikel 33 Abs. 2 für

Kirgisistan am 3. Oktober 1995
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 13. Juli 1995 (BGBl. II S. 671).

Bonn, den 14. November 1995

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau**

Vom 14. November 1995

Das Übereinkommen vom 18. Dezember 1979 zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (BGBl. 1985 II S. 647) ist nach seinem Artikel 27 Abs. 2 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Aserbaidschan	am 9. August 1995
Usbekistan	am 18. August 1995.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 22. Juni 1995 (BGBl. II S. 649).

Bonn, den 14. November 1995

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich der Satzung der Europäischen Schule
und des Protokolls über die Gründung Europäischer Schulen
sowie des Zusatzprotokolls hierzu**

Vom 14. November 1995

1. Die Satzung der Europäischen Schule vom 12. April 1957 (BGBl. 1965 II S. 1041) ist nach ihrem Artikel 31 Abs. 3,
2. das Protokoll vom 13. April 1962 über die Gründung Europäischer Schulen (BGBl. 1969 II S. 1301) und
3. das Zusatzprotokoll vom 15. Dezember 1975 zum Protokoll vom 13. April 1962 über die Gründung Europäischer Schulen (BGBl. 1978 II S. 993)

sind für

Finnland	am 1. September 1995
----------	----------------------

in Kraft getreten.

Bei Hinterlegung seiner Beitrittsurkunde hat Finnland die folgende Erklärung abgegeben:

(Übersetzung)

«Comme la Finlande est un pays bilingue, il devrait être garanti que les enfants finlandais dans l'école primaire reçoivent l'enseignement aussi bien en finnois qu'en suédois.»

„Da Finnland ein zweisprachiges Land ist, müßte sichergestellt werden, daß finnischen Kindern in der Grundschule der Unterricht sowohl in finnischer als auch in schwedischer Sprache erteilt wird.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 8. Oktober 1987 (BGBl. II S. 667) und vom 7. März 1994 (BGBl. II S. 398).

Bonn, den 14. November 1995

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei GmbH, Zweigniederlassung Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H., Postfach 13 20, 53003 Bonn
Telefon: (0228) 38206-0, Telefax: (0228) 38206-36.

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 97,80 DM. Einzelstücke je angefangene 18 Seiten 3,10 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1993 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509, BLZ 370 100 50, oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 5,05 DM (3,10 DM zuzüglich 1,95 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 6,05 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 53003 Bonn

Postvertriebsstück · Z 1996 · Entgelt bezahlt

Bekanntmachung über das Erlöschen völkerrechtlicher Übereinkünfte der Deutschen Demokratischen Republik mit der Tschechoslowakei

Vom 14. November 1995

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat aufgrund der nach Artikel 12 des Einigungsvertrages vom 31. August 1990 (BGBl. 1990 II S. 885) durchgeführten Konsultationen gemäß der an die Regierungen der Slowakei und der Tschechischen Republik gerichteten Verbalnoten vom 19. Januar 1995 festgestellt, daß die folgende völkerrechtliche Übereinkunft mit Herstellung der Einheit Deutschlands am 3. Oktober 1990 erloschen ist:

Vereinbarung vom 8. Oktober 1973 zwischen dem Generalstaatsanwalt der Deutschen Demokratischen Republik und dem Generalstaatsanwalt der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die Zusammenarbeit der Staatsanwaltschaft der Deutschen Demokratischen Republik und der Staatsanwaltschaft der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik.

Diese Feststellung schließt nicht aus, daß auch noch andere zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakei abgeschlossene völkerrechtliche Übereinkünfte mit der Herstellung der Einheit Deutschlands zum selben Zeitpunkt erloschen sind.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 13. Oktober 1994 (BGBl. II S. 3698) und vom 6. Oktober 1995 (BGBl. II S. 976).

Bonn, den 14. November 1995

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann